

Wo kein Wille, da kein Weg Mainzer SPD belegt, dass sie kein GuD-Kraftwerk will „Kommunale Mitbestimmung“ durch Mainzer SPD ausgehebelt!

Mainz, 10.10.2008. Einmal mehr haben die Mainzer Sozialdemokraten ihre Beteuerung widerlegt, sie würden den Bau eines GuD-Kraftwerkes dem eines Kohlekraftwerkes bevorzugen. So bewertet die Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa) ein erneutes Kooperationsangebot zum gemeinsamen Betrieb eines GuD-Kraftwerkes auf der Ingelheimer Aue und die reflexartige Ablehnung dieser Option durch die Mainzer SPD.

„Mit seinen ablehnenden Äußerungen bezüglich Kooperationsangeboten für den Bau eines neuen GuD-Kraftwerkes belegt der Fraktionsvorsitzende der Mainzer SPD, Oliver Sucher, dass es sich bei allen früheren Äußerungen, man wolle ja gerne ein GuD-Kraftwerk bauen, um reine Lippenbekenntnisse handelte“, kritisiert der KoMa-Vorsitzende Christof van den Bruck. „Die Forderung nach einem Grundlastkraftwerk belegt, dass die Mainzer SPD noch immer nicht die Zeichen der Zeit erkannt hat.“ Wenn der Anteil erneuerbarer Energien, die zum Teil wetterbedingten Schwankungen unterworfen sind, stark steigt, dann sind Kraftwerke, die unabhängig vom aktuellen Bedarf und vom aktuellen Marktpreis durchgehend Strom erzeugen, überflüssig. Mittellastkraftwerke, die flexibel immer dann eingesetzt werden können, wenn sie wirklich gebraucht werden, sind dagegen das Gebot der Stunde, wenn man wirklich einen Ausbau der erneuerbaren Energien will.

Van den Bruck: „Eine breite Front aus Bürgern, Politikern, Umweltverbänden, Ärzten und Kirchen... - alle bitten die KMW doch, ihr bereits genehmigtes GuD-Kraftwerk anstelle des geplanten Kohlemeilers zu bauen. Potenzielle Partner hierfür gäbe es auch. Während es für ein Gaskraftwerk also einen breiten Konsens in der Stadt gäbe, müsste das Kohlekraftwerk dagegen vor Gericht gegen parlamentarische Beschlüsse und eine breite Mehrheit in der Bevölkerung durchgedrückt werden. Wieso erkennen die KMW nicht, dass sie die Chance hätten, endlich wieder als kommunaler Energieversorger geschätzt zu werden?“

Kohlekraftwerk ist Beleg für Missachtung kommunaler Mitbestimmung

Dass gerade Herr Sucher eine Beteiligung von Gazprom am neuen GuD-Kraftwerk mit dem Argument ablehnt, damit würden die kommunalen Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Energieerzeugung verkauft, mutet zunehmend sonderbar an - führt doch seine Partei gerade eindrucksvoll vor, dass von kommunaler Mitbestimmung in Mainz längst keine Rede mehr sein kann. Stadtrats-Beschlüsse werden ignoriert und die Mainzer SPD verhält sich, als gehörten ihr die Stadtwerke & KMW. „**Mainzer Sozialdemokraten suchen verzweifelt im Aktienrecht Zuflucht, um die Aushebelung demokratischer Beschlüsse zu rechtfertigen. Dass gerade Herr Sucher dann kommunale Mitbestimmung erhalten will, passt nicht in seine Argumentationslinie**“, unterstreicht van den Bruck. „Vielleicht verwechselt Sucher, der Mitglied der Aufsichtsräte von Stadtwerken und KMW ist, ja **seine** Mitbestimmungsmöglichkeiten mit **kommunalen** Mitbestimmungsmöglichkeiten.“

Mainzer SPD vor den Karren der Energiekonzerne gespannt

Seit die Mainzer SPD sich auf den Kohlepfad begeben hat, erledigt sie immer mehr das Geschäft der großen Energiekonzerne, bei denen Profit vor Umwelt und Klimaschutz geht. Vorläufiger Höhepunkt ist, dass Stadtwerke-Betriebsräte in Berlin nach kostenlosen CO₂-Verschmutzungsrechten betteln müssen. Sie kommen mit den gleichen hanebüchenen Argumenten wie RWE & Co, die ihre Kohlemeiler als praktizierten Klimaschutz verkaufen wollen. Bei der Kohleverstromung handelt es sich aber in Wirklichkeit um die klimafeindlichste Stromerzeugung überhaupt.

Und was bleibt von Oliver Suchers 40 Millionen Euro, die er jährlich von der KMW bekommen will, wenn selbst der KMW-Betriebsrat sich angesichts von CO₂-Verschmutzungskosten in einer dreistelligen Millionenhöhe pro Jahr (!) um die Wirtschaftlichkeit seines Projektes sorgt?

Van den Bruck: „Die nach Außen zur Schau gestellte vermeintliche Sicherheit, das Kohlekraftwerk werde zum sicheren Geldesel, hat jedenfalls schweren Schaden genommen. Wer gibt heute eigentlich noch für so ein Harakiri-Projekt, das an allen Ecken und Enden unsicher ist, Kredite?“